

Zusammenfassung der Studie „Politikverdrossenheit durch Massenmedien? Der Einfluss der Medien auf die Einstellungen der Bürger zur Politik“

Ziel der Studie war es, herauszufinden, ob die Massenmedien daran mitwirken, dass die Bürger eine positive Einstellung zur Effektivität und Legitimität des politischen Systems der Bundesrepublik entwickeln, den politischen Institutionen vertrauen, die demokratischen Einflussmöglichkeiten der Bevölkerung und die Responsivität der Politiker positiv beurteilen, oder ob die Medien zur Politikverdrossenheit und möglicherweise sogar zur Ablehnung des politischen Systems beitragen.

Im theoretischen Teil der Arbeit werden zunächst verschiedene Konzepte zur Messung der unterschiedlichen Dimensionen der Einstellungen zur Politik dargestellt und dann ein Vorschlag zu ihrer Systematisierung entwickelt. Danach wird die kommunikationswissenschaftliche Forschung, die den Zusammenhang von Mediennutzung und Einstellungen zur Politik untersucht, vorgestellt und diskutiert. Dabei werden vor allem methodische Fragen und Probleme behandelt. Es zeigte sich, dass sowohl eine konzeptionelle Weiterentwicklung als auch eine Verbesserung der empirischen Forschungspraxis in mehreren Bereichen notwendig ist. Hierzu gehören (1) eine differenziertere Konzeptionalisierung der abhängigen Variable „Politikverdrossenheit“, genauer gesagt der *Einstellungen zur Politik*, (2) die Identifikation und *inhaltsanalytische Messung* von relevanten Merkmalen der politischen Berichterstattung sowie die Zuordnung dieser Daten auf Individualdatenebene zu den Umfragedaten, (3) die Berücksichtigung *nicht-medialer Erfahrungsbe- reiche* als alternative Erklärungsfaktoren für die Einstellungen zur Politik, (4) die Einbeziehung von *intervenierenden Variablen* in die Analysemodelle. Am Ende des Theorieteils wird ein Modell entwickelt, in dem die Beziehungen zwischen Erfahrungen, Einstellungen zur Politik und politischem Verhalten dargelegt werden.

Um den Einfluss der unterschiedlichen Erfahrungen, insbesondere die Wirkung von medial vermittelten Erfahrungen, auf die Einstellung zur Politik untersuchen zu können, wurde eine face-to-face-Befragung in Dresden durchgeführt. Die Grundgesamtheit der Befragung bildeten alle wahlberechtigten Personen, die zu diesem Zeitpunkt im Gebiet der Stadt Dresden wohnten. Die Bestimmung der Befragungsteilnehmer erfolgte durch Quotenauswahl. Die Interviews wurden von 54 Studierenden der TU Dresden unter Einsatz eines standardisierten Fragebogens durchgeführt. Insgesamt wurden 426 auswertbare Interviews realisiert. Ergänzt wurden die Umfragedaten durch einige Beobachtungen zur Wohnsituation und den Gegebenheiten in der näheren Umgebung des Wohnorts des Befragten.

Neben der Befragung wurde auch eine Inhaltsanalyse durchgeführt. Untersucht wurden die Hauptnachrichtensendungen der beiden öffentlich-rechtlichen Programme, „Tagesschau“ (ARD) und „heute“ (ZDF), sowie der drei privaten Anbieter, „RTL aktuell“ (RTL), „18.30“ (SAT1) und „Nachrichten“ (PRO7). Zusätzlich wurden auch die Nachrichtenmagazine der beiden öffentlich-rechtlichen Sender, die „Tagesthemen“ (ARD) und das „heute-journal“ (ZDF), analysiert. Im Printbereich wurden die vier in Dresden erscheinenden Tageszeitungen „Bild Dresden“, „Dresdner Morgenpost“, „Dresdner Neueste Nachrichten“ und „Sächsische Zeitung“ analysiert. Der Untersuchungszeitraum der Inhaltsanalyse erstreckte sich über die Zeit vom 19.3. bis zum 6.6.1996. Im März und April wurden alle elf aufgeführten Zeitungen/Sendungen an jedem zweiten Tag analysiert, im Mai und Juni wurde jede Ausgabe/Sendung untersucht. Die Codierungen wurden von neun geschulten Codierern durchgeführt.

Besondere Aufmerksamkeit wurde in dieser Arbeit der differenzierten Konzeptionalisierung und Messung der verschiedenen *Einstellungen zur Politik* gewidmet, denn es fanden sich in den bisher durchgeführten Studien Hinweise darauf, dass der Einfluss der Mediennutzung variiert, je nachdem welche Einstellungsdimension untersucht wird. Wie die Ergebnisse der Untersuchung zeigen, ist eine solche differenziertere Konzeptionalisierung der abhängigen Variablen notwendig, da die Befragten gegenüber den verschiedenen politischen Objekten und Prozessen durchaus differenzierte Einstellungen zum Ausdruck bringen und die verschiedenen Einstellungen zur Politik unterschiedlich mit den medialen und nicht-medialen Erfahrungen zusammenhängen.

Um an den bisherigen Forschungsstand anknüpfen zu können und um zu überprüfen, ob die in Dresden ermittelten Ergebnisse mit Befunden aus den alten Bundesländern übereinstimmen oder sich unterscheiden, wurden zunächst einige zentrale Analysen einer von *HOLTZ-BACHA (1990)* durchgeführten Untersuchung repliziert. Diese Studie war bis zu diesem Zeitpunkt die einzige umfangreichere Untersuchung in der Bundesrepublik, die zu dieser Problematik veröffentlicht wurde. Durch den Vergleich mit den Analysen von *HOLTZ-BACHA* konnte gezeigt werden, dass die in Dresden ermittelten Variablenzusammenhänge sich nicht grundlegend von den Befunden, die in Westdeutschland festgestellt wurden, unterscheiden.

Im nächsten Analyseschritt wurde überprüft, welchen Einfluss die medialen und nicht-medialen Erfahrungsbereiche auf die Einstellungen zur Politik haben. Dafür wurden Regressionsanalysen berechnet. Bei diesen Analysen konnte festgestellt werden, dass der Einfluss der Mediennutzungsvariablen auf die Orientierungen gegenüber den *Objekten der politischen Struktur* wesentlich stärker ist, als auf die Einstellungen der Bürger gegenüber den *politischen Prozessen* und den *politischen Inhalten*. Bei fast allen Modellen zeigt sich, dass vor allem die Nutzungspräferenzen für bestimmte Printmedien einen Effekt auf die Einstellungen zur Politik haben. Nicht die generelle Präferenz für Printmedien oder die allgemeine Zeitungsnutzungsdauer sind von Bedeutung für die Einstellungen gegenüber den Strukturen, sondern *welche* Zeitungen genutzt werden.

Anders als von der Videomalaise-Hypothese vorhergesagt, erweist sich die Nutzung des Fernsehens für alle hier untersuchten Einstellungsdimensionen als relativ unbedeutend. Weder die allgemeine Fernschnutzungsdauer, noch die Präferenz für bestimmte Sender oder Inhalte konnte starke Effekte hervorbringen. Hingegen erweist sich die Rezeption von Unterhaltungsangeboten als signifikanter Einflussfaktor. Sowohl die Nutzung von Fernsehunterhaltung, als auch die Nutzung anderer unterhaltender Medienangebote hängt mit den Einstellungen zur Politik zusammen. Die Effekte unterscheiden sich allerdings deutlich, je nachdem welche Einstellungen zur Politik betrachtet werden. Die Nutzung unterhaltender Zeitungsinhalte hat einen *negativen* Effekt auf die Einflussüberzeugung. Genau entgegengesetzt wirkt sich die Unterhaltungsnutzung im Fernsehen und in den Medien allgemein auf die Einstellungen zu den Strukturdimensionen aus. Sowohl die Effektivitäts- und Legitimitätsurteile, als auch die Identifikation mit der politischen Gemeinschaft und das Institutionenvertrauen werden durch die Rezeption medialer Unterhaltungsangebote *positiv* beeinflusst.

Die kommunikationswissenschaftliche Forschung, die sich mit dem Zusammenhang von Medien und Einstellungen zur Politik beschäftigte, hat die Analyse der Medieninhalte fast völlig vernachlässigt. Die meisten Untersuchungen stützen sich allein auf Umfragedaten. Zum damaligen Zeitpunkt existierte nur eine einzige Untersuchung in diesem Forschungsfeld, in der die inhaltsanalytisch gemessenen Eigenschaften (Negativismus) der Tageszeitungen den jeweiligen Rezipienten auf Individualdatenebene zugeordnet wurden (*MILLER, GOLDENBERG & ERBRING 1979*). In der vorliegenden Studie wurden sowohl Fernsehnachrichten, als auch Tageszeitungen inhaltsanalytisch ausgewertet und die so ermittelten Eigenschaften der Berichterstattung auf Individualdatenebene mit den Umfragedaten verknüpft. Die Ergebnisse belegen, dass sich bei den meisten Dimensionen Wirkungen der Medieninhalte auf die Einstellungen zur Politik nachweisen lassen. Eine Berichterstattung, in der häufig - vor allem im Zusammenhang mit wirtschaftlichen Fragen - negative Aussagen gemacht werden, kann dazu beitragen, dass die Bürger ein negatives Bild von der Politik bekommen.

Nach dem theoretischen Modell, das dieser Arbeit zugrunde liegt, beruhen die Einstellungen zur Politik auf Erfahrungen. Medien und Medieninhalte sind ein Erfahrungsbereich, der Einfluss auf die Einstellungen zur Politik haben kann, daneben können aber auch nicht-mediale Erfahrungen eine Rolle spielen. Um sicherzustellen, dass Zusammenhänge, die zwischen dem Mediennutzungsverhalten und den Einstellungen zur Politik gefunden werden, nicht auf andere Faktoren zurückzuführen sind, wurden in dieser Untersuchung nicht-mediale Erfahrungsbereiche als alternative Erklärungsfaktoren in den Untersuchungsmodellen berücksichtigt. Neben insgesamt eher geringen Effekten der interpersonalen Kommunikation zeigen sich deutliche Wirkungen der unmittelbaren Erfahrungen. Insbesondere die Wahrnehmung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage, die wiederum maßgeblich durch die Einschätzung der unmittelbar wahrgenommenen Wirtschaftssituation beeinflusst wird, hat einen überaus starken Effekt auf fast alle Einstellungsdimensionen.

Des Weiteren erweisen sich auch die persönlichen Erfahrungen mit den Folgen politischen Entscheidungshandelns als bedeutsame Prädiktoren für die Einstellungen. Vor allem die Orientierungen gegenüber den Strukturdimensionen werden durch diese Erfahrungen beeinflusst. Schließlich haben auch die unterschiedlichen Partizipationserfahrungen einen Effekt auf die Einstellungen. Häufige Teilnahme an Wahlen beispielsweise bekräftigt die Einschätzung, dass das Regierungssystem der Bundesrepublik legitim ist und stärkt zudem das Vertrauen in die Institutionen.

Durch die Integration soziodemographischer Variablen und der verschiedenen Operationalisierungen der Parteiidentifikation in die Analysen, sollten Einflüsse, die auf Sozialisationserfahrungen zurückzuführen sind, bei der Modellbildung berücksichtigt werden. Vor allem das Alter hat einen Einfluss auf die politischen Orientierungen. Mit zunehmendem Alter werden die Effektivität und die Leistungen der Regierung positiver beurteilt und auch das Vertrauen in die Institutionen steigt, auf der anderen Seite sinkt jedoch die Einflussüberzeugung. Die anderen soziodemographischen Variablen wie Bildung und Geschlecht, aber auch die Einschätzung der eigenen politischen Kompetenz und das politische Interesse erweisen sich als weitgehend einflusslos. Anders verhält es sich hinsichtlich der Parteiidentifikation. Die parteipolitische Position der Befragten hat einen deutlichen Effekt auf alle untersuchten Einstellungsdimensionen. Vor allem die Identifikation mit den Regierungsparteien, teilweise aber auch die Nähe zu allen etablierten Parteien, hat bedeutsame *positive* Effekte auf die Einstellungen zur Politik.

Die Parteiidentifikation wurde in den Modellen berücksichtigt, um zu überprüfen, ob die Einstellungen zur Politik durch die parteipolitischen Sympathien der Befragten beeinflusst werden. Auf diese Weise sollte vor allem sichergestellt werden, dass es sich bei den Effekten der Medienvariablen auf die Einstellungsdimensionen nicht um Zusammenhänge handelt, die eigentlich auf einen dahinterliegenden Faktor - die parteipolitischen Orientierungen der Befragten - zurückzuführen sind. Die Analysen zeigen, dass auch bei Kontrolle der Parteineigung ein signifikanter Einfluss der Rezeptions- und Medieninhaltsvariablen festzustellen ist. Weitere Analysen belegen, dass auch die Nähe zu den Parteien sowohl durch unmittelbare als auch medial vermittelte Erfahrungen beeinflusst wird. Es gibt somit auch einen indirekten - durch die Parteiidentifikation vermittelten - Effekt der Medien auf die zentralen Einstellungen zur Politik.

Immer wieder theoretisch diskutiert, aber nur sehr selten empirisch untersucht wurde bislang der Einfluss intervenierender Variablen. Neben Personeneigenschaften wie dem politischen Interesse und dem Politikverständnis wird vor allem der Wahrnehmung und Bewertung der Medien und ihrer Berichterstattung ein modifizierender Effekt zugeschrieben. Auch diesen Vermutungen wurde in der vorliegenden Arbeit nachgegangen. Tatsächlich lassen sich Interaktionseffekte nachweisen. Zum einen erwies sich, dass negative Tendenzen bei politisch Interessierten stärkere

Wirkungen hervorbringen und zum anderen stellte sich heraus, dass glaubwürdigere Medien stärkere Effekte auf die Einstellungen haben als Medien, die als unglaubwürdig beurteilt werden.

Im letzten Teil der Arbeit konnte gezeigt werden, dass Einstellungen zur Politik auch Konsequenzen für die Partizipationsabsichten der Bevölkerung haben. Das bedeutet, dass die Medien nicht nur etwas in den Köpfen der Bürger bewirken, sondern - vermittelt durch die Einstellungen zur Politik - auch Konsequenzen für das konkrete politische Geschehen haben. Die Bereitschaft, sich politisch zu engagieren, sei es nun in Parteien, Bürgerinitiativen oder bei punktuellen Aktionen, ja selbst die Absicht, an den Wahlen teilzunehmen, wird somit nicht zuletzt auch durch die Medieninhalte und das Mediennutzungsverhalten beeinflusst.

In methodischer Hinsicht belegen die vorliegenden Untersuchungsergebnisse somit eindringlich, dass eine differenzierte Konzeptualisierung und Messung von Einstellungen, Mediennutzung und Medieninhalten Voraussetzung dafür ist, die Wirkungen der Medien auf die Einstellungen zur Politik angemessen zu untersuchen.

Die vorgelegten Befunde verdeutlichen, dass journalistisches Handeln nicht nur für das politische Alltagsgeschäft von Bedeutung ist, sondern dass auch die Einstellungen zu den zentralen Institutionen unseres politischen Gemeinwesens und seine Grundlagen betroffen sind. Journalisten müssen den schmalen Weg zwischen beschönigender und unkritischer Hofberichterstattung und ungerechtfertigtem Negativismus gehen. Ein Abweichen von diesem Weg, sowohl in die eine, als auch in die andere Richtung, kann negative Effekte auf die Einstellungen der Bürger zur Politik haben. Die hier vorgelegten empirischen Befunde zeigen, dass einige Medien in die Richtung der Überbetonung negativer Aspekte abgewichen sind. Damit beeinflussen sie nicht nur Effektivitätsbeurteilungen negativ, sondern schwächen auch das demokratische System. Es kann nicht im Interesse freier Medien sein, die Grundlagen ihrer eigenen Freiheit zu beschädigen. Wenn die Demokratie an Akzeptanz verliert, wird der Ruf nach autoritären Lösungen wahrscheinlicher, und solche Entwicklungen bedrohen letztendlich auch die Freiheit der Presse.

Sowohl die Darstellung der politischen Auseinandersetzung als auch die Kritik an der Politik sind notwendige und wichtige Aufgaben der Presse in einer Demokratie. Ein verantwortungsbewusster Journalismus sollte sich dabei aber bewusst sein, dass es hier auch ein „zu viel“ geben kann und daher das eigene Tun vor dem Hintergrund der hier präsentierten Befunde selbstkritisch reflektieren.